

Es gilt das gesprochene Wort

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

17. – 18. Oktober 2007

MdL Peter Ritter

TOP 19

**G 8-Gipfel – unverzüglich Konsequenzen ziehen
Drs. 5/912**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

wenn der Innenminister berichtet, der G 8-Polizeieinsatz sei selbstverständlich nicht nach Drehbuch, aber insgesamt gut abgelaufen, dann ist zu ergänzen, teilweise wohl auch aus dem Ruder gelaufen.

Das ergibt sich leider nicht in erster Linie aus dem Zwischen- bzw. Abschlussbericht des Ministers, sondern aus den Feststellungen anderer Institutionen bzw. in Gegenüberstellung mit diesen.

Lassen Sie mich dies an drei konkreten Beispielen verdeutlichen.

Erstens. Unterstützung der Polizei mit Eurofightern und F 4-Phantom-Kampflugzeugen.

Hierzu informierte der Innenminister sinngemäß:

Sollten sich Eurofighter oder F 4-Phantom-Abfangjäger über Heiligendamm und Rostock befunden haben, so geschah dies nicht auf Anforderung des Landes M-V.

Das Bundesverteidigungsministerium (Bericht S. 3 f., Nicht-NfD) sieht dies deutlich anders: Die Gesamtverantwortung lag bei der Innenbehörde des Landes M-V; die Luftwaffe wurde auf deren Antrag tätig.

Die Kerneinsatzzeiten wurden von der Innenbehörde festgelegt.

Insgesamt kamen vier Eurofighter und acht Phantom mit ca. 23 Flugstunden zum Einsatz.

Zweitens. Inhalt des Amtshilfeersuchens.

Der Innenminister hat hierzu sinngemäß vor dem Innenausschuss ausgeführt, dass Mecklenburg-Vorpommern in einem geordneten Verfahren den Amtshilfeantrag bei der Bundeswehr gestellt habe und dieser vom Bundesverteidigungsministerium in eigener Zuständigkeit und Verantwortung verfassungsrechtlich geprüft und anschließend bewilligt wurde.

Herr Innenminister,

zur Prüfung wurde dem Bundesverteidigungsministerium das Erkennen möglicher Erddepos und Manipulationen an wichtigen Straßenzügen vorgelegt, und zwar unter konkreter Benennung der Streckenabschnitte.

In dieser Form ist das Amtshilfeersuchen gebilligt worden.

Dieser genehmigte Aufklärungsbedarf wurde im Nachhinein einseitig durch die BAO KAVALA u. a. auf die Camps Redelich und Wichmansdorf ausgedehnt.

Herr Innenminister,
ein geordnetes Amtshilfeverfahren sieht für mich anders aus, denn mir ist nicht bekannt, dass das Bundesverteidigungsministerium die rechtlichen Probleme von Tiefflügen der Streitkräfte über ein mit Bürgerinnen und Bürgern besetztes Camp vor Genehmigung der Amtshilfe geprüft hat; es hatte hiervon überhaupt keine Kenntnis.

Drittens, schließlich gehört in eine kritische Gesamtwürdigung auch das Beziehungsgeflecht zwischen Innenministerium und der BAO KAVALA.
Der Innenminister erklärt, dass das Innenministerium KAVALA bei grundsätzlichen Fragen kontrolliert bzw. korrigiert hat, etwa bei falschen Pressemitteilungen.

Herr Innenminister,
wer hat denn wann entschieden, welches Tun oder Unterlassen von grundsätzlicher Bedeutung sein könnte?

Herr Innenminister,
Sie können mit parlamentarischer Mehrheit unseren Unterrichts Antrag ablehnen.
Der Antrag und die aufgeworfenen Fragen lassen sich durch die parlamentarische Minderheit aber auch problemlos als Auftrag formulieren.